

Beschluss des Landrats vom 31.10.2024

Nr. 802

11. Klimastrategie Basel-Landschaft

2024/294; Protokoll: gs, ps

Kommissionspräsident **Thomas Noack** (SP) sagt, die Klimastrategie, die der Regierungsrat dem Landrat zur Kenntnis bringt, basiere auf sieben Leitsätzen. Sie sind wichtig für das Verständnis dieser Vorlage und der Diskussion in der Kommission. Darum erlaubt sich der Redner, sie noch einmal kurz vorzulesen. Erstens: Der Kanton nutzt seine Stärken und leistet seinen Beitrag, um das Netto-Null-Ziel bis spätestens 2050 zu erreichen. Zweitens: Der Kanton nutzt die Chancen einer Treibhausgas-armen Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft und fördert innovative und nachhaltige Lösungen. Drittens: Die kantonale Verwaltung nutzt ihren Handlungsspielraum und nimmt eine Vorbildfunktion im Bereich Klima ein. Sie motiviert Gemeinden und Private, es ihr gleich zu tun. Viertens: Der Kanton fokussiert auf wirkungsvolle und effiziente Massnahmen in seinem Handlungsbereich. Fünftens: Der Kanton arbeitet mit betroffenen Branchen, Sektoren und Gemeinden zusammen. Der Kanton nutzt zum Ausgleich von unvermeidlichen Treibhausgasemissionen primär die Möglichkeit von Negativ-Emissionstechnologien im Kantonsgebiet. Und damit zum siebten Punkt: Der Kanton setzt aktiv Massnahmen zur Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels um. Diese sieben Leitsätze bilden die Leitplanken für das klimapolitische Handeln des Kantons – und das Ziel ist klar: Bis spätestens 2050 will der Kanton das Netto-Null-Ziel erreichen. In der Strategie werden für elf konkrete Handlungsfelder über 100 Schlüsselmassnahmen aufgeführt, die aufzeigen, wie der Kanton seinen Beitrag zum übergeordneten Ziel leisten kann. Wie geht es weiter? In einem nächsten Schritt soll bis Mitte 2026 ein Massnahmenplan erarbeitet werden. Ein erster Bericht über die Erfolge der bisherigen Massnahmen beziehungsweise die Defizite in der Zielerreichung ist bis 2028 vorgesehen.

Eintreten war in der Kommission unbestritten. Die Direktion hat zunächst darauf hingewiesen, dass die Klimastrategie innerhalb der Verwaltung breit abgestützt ist und auch fachlich mit einer grossen Kompetenz ausgearbeitet wurde. Sie basiert auf den Erkenntnissen aus dem Statusbericht Klima aus dem Jahr 2020, den der Landrat schon ausgiebig diskutiert hat. Darum sei es dem Regierungsrat wichtig, dass diese Strategie auch im Parlament diskutiert werde – und darum hat er sie jetzt dem Landrat zur Kenntnisnahme vorgelegt, auch wenn es heute noch keinen konkreten Beschluss braucht. Mit der Strategie allein sei noch nichts in Stein gemeisselt. Konkret werde es dann erst mit den Beschlüssen zu den Massnahmen.

Die Strategie zeigt die wichtigen Handlungsfelder zur Erreichung der Klimaziele auf; der Schwerpunkt liegt auf den Bereichen, in denen der Kanton die grössten Handlungsmöglichkeiten hat. Das sind der Gebäudebereich und der Verkehr. Die Strategie zeigt jeweils auch die ökonomischen, sozialen und ökologischen Auswirkungen auf. Für die Umsetzung soll dann auf dieser Grundlage ein konkreter Massnahmenplan ausgearbeitet werden, der in zwei Jahren, also 2026, vorliegen soll. Da wird es dann konkret – mit den Massnahmen werden jeweils auch die finanziellen Mittel für die Umsetzung beantragt. Der Landrat wird also noch einiges zu tun und zu debattieren haben. Die Kommission hat die Klimastrategie sehr kontrovers diskutiert. Einmal mehr wurden die grundsätzlich unterschiedlichen Haltungen zur Klimapolitik und zum Umgang mit der Klimakrise zum Ausdruck gebracht. Die Mehrheit der Kommission hat das Grundlagenpapier begrüsst und die Strategie entsprechend gewürdigt (auch wenn die Ziele der Klimastrategie für einzelne Mitglieder nicht verbindlich genug sind und man noch schneller vorangehen müsse). Die Bevölkerung habe mit der Zustimmung zum Energiegesetz nochmals bekräftigt, dass es das Ziel von Netto-Null-Emissionen bis zum Jahr 2050 unterstützt. Die Strategie tue das zielorientiert mit einem klar definierten Absenkpfad zur Zielerreichung – und es werde auch aufgezeigt, was die Kostenfolgen sei-

en, wenn man keine oder weniger Massnahmen ergreifen würde.

Die Kommissionsminderheit hingegen war mit dem Strategiepapier gar nicht einverstanden. Diese Strategie zeige keinen Mehrwert auf und sei ein Papiertiger. Man habe auch ohne die Strategie in den letzten Jahren schon sehr viel gemacht. Neben dieser grundsätzlichen Kritik ist es der Minderheit ein grosses Anliegen, dass man nicht über Verbote lenken soll, sondern vor allem günstige Rahmenbedingungen und Anreize im Zentrum des Handelns des Kantons stehen sollen. Die Befürchtungen, dass Verbote und Regulierungen negative Auswirkungen auf die Wirtschaft haben, wurden auch von einzelnen Befürwortern der Strategie geteilt. Man müsse Sorge tragen zum Wirtschaftsstandort. Einmal mehr hat der zuständige Regierungsrat erläutert, dass Verbote jeweils eine Gesetzesgrundlage brauchen – und darüber entscheide das Parlament.

Die kontroverse Diskussion in der Kommission war schon aufgrund der Vernehmlassungsantworten vorauszusehen. Sie hätten ein ähnliches Bild abgegeben – darum sei die jetzt vorliegende Strategie aus Sicht des Regierungsrats ein austarierter und moderater Kompromiss, der beide Pole nicht vollends zufrieden stellen könne – und dies auch nicht wolle. Das Abstimmungsergebnis über die Kenntnisnahme widerspiegelt denn auch die kontroverse Diskussion und die unterschiedlichen Haltungen der Kommissionsmitglieder und der Fraktionen. Die Umweltschutz- und Energiekommission (UEK) empfiehlt dem Parlament mit 7 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Kenntnisnahme der Klimastrategie.

– *Eintretensdebatte*

Urs Schneider (SVP) sagt, die Klimastrategie des Kantons sei ein Paradebeispiel für das Bestreben, die Gesellschaft zu bevormunden und jeden Aspekt des Lebens bis ins kleinste Detail zu regulieren. Was links-grüne Ideologen als Fortschritt verkaufen, ist in Wahrheit ein Angriff auf unsere Freiheit. Die Vorgaben zur Ausstattung von privaten Gebäuden, erzwungene Mobilitätsmassnahmen und staatlicher Druck auf den Technologiewandel machen das Baselbiet zu einem Testgelände für eine zentral gesteuerte Planwirtschaft. Die SVP-Fraktion lehnt diese ideologischen Experimente entschieden ab. Der Kanton Basel-Landschaft darf nicht erneut zum Spielball wirtschaftsferner oder wirtschaftsfeindlicher Träume werden. Statt auf Innovationskraft und die Vielfalt der Technologien zu setzen, wollen gewisse Kreise mit dieser Strategie eine klimafreundliche Einheitslösung – Solartechnik und Elektrifizierung um jeden Preis – diktieren. Die Politik blendet die Risiken und die Kosten völlig aus. Der blinde Fokus auf die Lieblingstechnologien von links-grüner Seite schwächt die Resilienz der Energieversorgung. Dabei wird keine Rücksicht auf die Machbarkeit, die Versorgungssicherheit und die Preisstabilität genommen. Die SVP fordert hingegen einen technologisch offenen Ansatz, der Raum für Alternativen und Innovation bietet – fernab von Zwang.

Einseitigkeit und das Festhalten an bestimmten Technologien gefährden die Sicherheit und treiben die Kosten vehement in die Höhe. Das darf und kann man sich nicht leisten. Der Regierungsrat setzt auf ein hochtrabendes CO₂-Reduktionsziel von 90 % Reduktion bis 2050, ohne sich um die realen wirtschaftlichen Konsequenzen und die Machbarkeit zu kümmern. Die Strategie wird der Bevölkerung und den Betrieben im Baselbiet aufgebürdet. Dabei werden weder die finanziellen Möglichkeiten noch der wirtschaftliche Nutzen berücksichtigt. Ein solches Wunschdenken ist typisch für diese Ideologie. Sie steckt lieber Millionen in unrealistische Projekte, als die Wettbewerbsfähigkeit und die Arbeitsplätze zu sichern. Die SVP-Fraktion sagt klar: Die Grundlage jeder erfolgreichen Klimapolitik ist ein realistisches und machbares Konzept – ohne unsinnige und teure Belastungen für Unternehmen und Bevölkerung. Die Klimastrategie ist nichts anderes als ein Versuch, das Baselbiet in eine überregulierte wirtschaftsfeindliche Zone zu verwandeln. Die SVP-Fraktion sagt klar Nein zu dieser Strategie und fordert eine Rückkehr zu Vernunft, Freiheit und Eigenverantwortung. Sie wird diese Strategie nicht zur Kenntnis nehmen.

Für **Désirée Jaun** (SP) ist die vorliegende Klimastrategie – wie man es schon gehört hat – ein bedeutendes und sehr umfassendes Grundlagenpapier, das breit abgestützt ist und die bereits vorhandenen Erkenntnisse und Massnahmen aus dem Statusbericht Klima und aus dem Energieplanungsbericht aufgreift. Die vielen involvierten Fachstellen haben eine qualitativ sehr hochwertige Arbeit geleistet. Das nimmt die SP-Fraktion erfreut zur Kenntnis und sie möchte die geleistete Arbeit an dieser Stelle auch würdigen. Die Klimastrategie ist die Basis für die künftige kantonale Klimapolitik. Der Kanton hat sich mit dieser Strategie auf einen Weg gemacht, der aber noch weit ist und auf dem es noch weitere strategische Grundlagen zur Konkretisierung braucht – und vor allem auch Massnahmen, die umgesetzt werden.

Entscheidend auf diesem Weg ist neben dem Tempo ein konsequentes Handeln, damit die Klimaziele, zu denen sich auch der Kanton mehrfach bekannt hat, erreicht werden. Die Erkenntnisse und die Zielsetzungen müssen auch tatsächlich in jedem Projekt berücksichtigt werden, also bei jedem Bau- und Infrastrukturprojekt – und bei allen strategischen Überlegungen in allen Richtungen. Wie bei einer Strategie üblich, ist die Flughöhe noch relativ hoch. Es ist also noch viel Spielraum vorhanden – und man kann darum nicht von Zwang oder von Planwirtschaft sprechen. Es wird ein breiter Fächer an Massnahmen in verschiedenen Handlungsfeldern aufgezeigt, die aber hinsichtlich der konkreten Umsetzung noch ziemlich vage bleiben. Folgen müssen jetzt die Priorisierung, das Schaffen von Verbindlichkeiten und ein konkreter Zeitplan mit den dazugehörigen Kosten. Das hat der Regierungsrat bis Mitte 2026 in Aussicht gestellt. Bei der weiteren Bearbeitung wären auch Szenarien wünschenswert, die eine schnellere Zielerreichung aufzeigen würden. So könnten die Massnahmen entsprechend ausgerichtet werden. In der Strategie wird gezeigt, dass die Reduktion der Treibhausgase und ein konsequenter zielführender Klimaschutz zwar hohe Investitionen bedeuten, dass aber die Kosten noch einiges höher und die Folgen gravierender sind, wenn man jetzt nichts tut. Es ist also klar, dass nichts machen (also einfach weitermachen wie bisher) aus ökologischer, sozialer und auch ökonomischer Sicht keine Alternative sein kann. Viele Massnahmen, die in der Strategie aufgezeigt werden, liegen in der Kompetenz des Landrats. Es braucht also auch das Parlament, damit die Massnahmen und Zielsetzungen in der Debatte nicht abgeschwächt werden – der Landrat muss vielmehr Verantwortung übernehmen, seinen Teil beitragen und das konsequente Handeln des Kantons unterstützen. Die Klimastrategie enthält nämlich keine Reserven. Eine Abschwächung würde dazu führen, dass die Ziele nicht erreicht werden.

Zu den einzelnen Massnahmen aus der Klimastrategie hat sich die SP in der Vernehmlassung geäussert. Man wird diese Punkte auch bei der jeweiligen weiteren Bearbeitung der Massnahmen einbringen. Das Monitoring der Massnahmen wird am Schluss der Strategie auch noch kurz erwähnt. Auch da stellt der Regierungsrat ein Konzept in Aussicht; es soll in einem nächsten Schritt erarbeitet werden. Es braucht unbedingt einen klaren Prozess, damit Abweichungen vom Zielpfad frühzeitig erkannt werden können – und entsprechend schnell reagiert werden kann. In diesem Zusammenhang braucht es auch generell eine Überprüfung, welche Klimawirkung kantonale Handlungen haben. Nur so können Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt und verhindert werden. Die SP-Fraktion nimmt die Klimastrategie einstimmig zur Kenntnis und ist bereit für eine konsequente weitere Umsetzung.

Robert Vogt (FDP) sagt, die FDP-Fraktion beurteile die Klimastrategie differenziert. Einerseits ist man beim Ziel einig, die CO₂ Emissionen bis 2050 auf netto Null zu reduzieren – da gibt es keine Debatte. Bei den politischen Zielen geht man aber in zwei Richtungen: Erstens werden die Anreizsysteme sehr begrüsst, die bereits geschaffen wurden. Als Beispiel sei das Energiepaket Baselland zu nennen, das ja dank dieser Strategie auch in Zukunft gesichert bleiben wird. Insgesamt werden seitens FDP-Fraktion eher technische Massnahmen bevorzugt – sie grenzt sich ganz klar ab von den Suffizienzmassnahmen. Als er dies gelesen hat, ist der Redner doch sehr stark er-

schrocken. Nach seiner Meinung ist es überbordend, wenn diskutiert wird, ob man den Flächenbedarf pro Person reduzieren will, ob man das Mobilitätsverhalten ändern soll und die Leute weniger herumfahren sollen – oder ob der Konsum sogar reduziert und weniger Fleisch gegessen werden soll. Um nicht an diesen ideologischen Massnahmen zu zerbrechen, sollte eher auf die einfachen Massnahmen gesetzt werden, die technisch umsetzbar sind (und vielleicht auch Risiken bergen). Hier ist das Beispiel der Motion zur Geothermie zu nennen, die in der Strategie bereits als Massnahme E 1.3 vorhanden ist. Das wurde von Rolf Blatter in einem Postulat aufgegriffen, das jetzt einstimmig überwiesen wurde – vielen Dank.

Die FDP hat in der Vernehmlassung schon Vorschläge zur Vertiefung dieser Strategie gemacht, insbesondere bei der Speichertechnologie. Dort sind noch grosse Lücken zu sehen. Darum ist es der Kern der weiteren Debatte, dass der Landrat in die Massnahmen, die aufgrund der Klimastrategie umgesetzt werden sollen, einbezogen wird. Dann kann man sicher sein, dass sie gesellschaftlich ausgewogen sind und man sie durchbringen kann. In diesem Sinn tritt die FDP-Fraktion auf das Geschäft ein und wird die Strategie mehrheitlich zur Kenntnis nehmen.

Simon Tschendlik (Grüne) sagt, dass die Klimastrategie von der Fraktion Grüne/EVP als gut, richtig und somit auch positiv zur Kenntnis genommen wird. Die beteiligten Akteure haben sehr gut zusammengearbeitet und ein wertvolles Strategiepapier erarbeitet – an dieser Stelle ein grosses Dankeschön und Kompliment an die Verfasser. Und jetzt kommt es: Von einem Papiertiger darf sicher keine Rede sein – im Gegenteil: Jetzt geht es weiter. Es sind konkret umzusetzende Massnahmen gefragt. Im Hinblick auf den Klimawandel sind jetzt nicht einfach platte Phrasen gefragt oder Verhinderungstaktiken, Panikmache und Trotzscenarien – sondern herzhaft, mutige und konkrete Massnahmen, die unterschiedlich gross, unterschiedlich einschneidend und unterschiedlich sichtbar sein werden. Darum eine konkrete Forderung an alle im Saal: Man erreicht die Klimaziele im angesprochenen Tempo nicht. Der Redner hat das Gefühl, man befinde sich auf einem Ochsespann – suggeriert wird hingegen, man befinde sich in einem Tesla mit rasantem Tempo. Besonders jetzt ist keine weitere Verzögerung angezeigt, vielmehr muss das Tempo in der Umsetzung erhöht werden. Es darf nicht sein, dass der Landrat frühestens 2026 über weitere und konkrete Massnahmenpakete abstimmen kann. Wenn man so weitermacht, fährt der Zug vor der Nase weg, während man sich trödelnd im Kreis dreht und versucht, ihn zu erwischen und aufzusteigen. Nun ein Wort an alle, die immer das dauernd falsche Mantra stützen, dass eine Umsetzung dieser Klimastrategie Freiheitsverluste und die Schädigung der Wirtschaft bedeuten und den Wohlstand gefährdet. Klimaschutz und klimafreundliche Technologien eröffnen neue Geschäftsfelder. Die Zeiten ändern sich – und das tut auch die Wirtschaft, weil sie erkannt hat, dass eine Annäherung an die Nachhaltigkeit gefragt ist. Wenn man an verschwundene Branchen denkt: Niemand trauert dem Wagner, dem Weber am Webstuhl oder dem Schreibmaschinenmechaniker nach – sie gibt es heute alle nicht mehr, sie wurden durch neue Branchen ersetzt.

Die Umsetzung dieser Klimastrategie bietet neue Chancen und generiert neues Potenzial für das Baselbiet, also auch für die hiesige Wirtschaft und die Bevölkerung. Ja, es gibt eine Herausforderung hinsichtlich Energiefragen, Emissions-Caps, Verkehr und so weiter. Diese Fragen sind sorgfältig zu lösen – dafür ist die Fraktion Grüne/EVP ganz bewusst und konstruktiv bereit. Nichtsdestotrotz ist man überzeugt, dass jetzt nicht die Zeit zum Trödeln, zum Zaudern und zum Drehen im Kreis ist. Folglich unterstützt die Fraktion Grüne/EVP die Klimastrategie einstimmig und nimmt sie zur Kenntnis.

Claudia Brodbeck (Die Mitte) sagt, die Mitte Basel-Landschaft erachte den Klimawandel als eine der grossen Herausforderungen der Zeit. Es wird begrüsst, dass sich die Schweiz zu den Pariser Klimazielen bekennt, und man unterstützt den Regierungsrat in seiner Strategie für die Umsetzung in den Bereichen, in denen die Kantone zuständig sind. Man nimmt die Klimastrategie des Kantons darum interessiert, aber auch kritisch zur Kenntnis – und unterstützt grundsätzlich die energiepoli-

tischen Ziele zur Erreichung des Netto-Null-Ziels 2050, abgestimmt mit der Klima-Charta der Nordwestschweizer Regierungskonferenz.

Sieben Leitsätze setzen Ziele für das klimapolitische Handeln des Kantons, über 100 Schlüssel-massnahmen in elf Handlungsfeldern zeigen die Strategie auf, wie der Kanton Basel-Landschaft seinen Beitrag zu den Klimazielen des Bundes leisten kann – und wie er dabei selber eine aktive Vorbildrolle einnimmt. Man anerkennt, dass die Ziele ohne entsprechende Massnahmen nutzlos sind. Man ist jedoch nach wie vor für eine Klimapolitik von Anreizen und nicht von Verboten. Der Staat soll nur dort eingreifen, wo der freie Markt nicht spielt. Zudem wird bezweifelt, dass das Netto-Null-Ziel 2050 ohne grossen Kulturwandel in der Bevölkerung und ohne Anpassungen in der Organisationsstruktur der Verwaltung erreicht wird. Die Abstimmung zur CO₂-Gesetzgebung hat gezeigt, dass die Bevölkerung keine Akzeptanz zeigt, wenn sie persönliche Einschränkungen erfährt oder wenn sie hohe monetäre Belastungen tragen muss. Wenn es darum geht, Massnahmen einzuführen und Ziele zu erreichen, ist ein intensiver Austausch zwischen den Kantonen, Gemeinden, Bund, Firmen, Wissenschaft, Politik und auch mit der Bevölkerung von zentraler Bedeutung. Leider hat gerade dieser Einbezug bei der Erarbeitung der Klimastrategie nur sehr beschränkt – mit einer Vernehmlassung – stattgefunden. Solches ist auch bei der Erarbeitung der Massnahmen nicht geplant. Das bemängelten einige Parteien, Verbände und auch viele Gemeinden in dieser Vernehmlassung.

Ohne eine Bündelung des Knowhows und der Nutzung von Synergien können die Ziele der Strategie nicht erreicht werden. Die Mitte Basel-Landschaft ist klar der Meinung, dass es eine Klima-strategie braucht. Es ist aber nicht zielführend, eine lange Massnahmenliste aufzustellen und diese über die nächsten 26 Jahre linear abzuarbeiten. Für eine erfolgreiche Umsetzung müsste zwin-gend die globale Gesamt-Klimabilanz berücksichtigt werden. In einem Land, in dem die Bildung die wichtigste Ressource darstellt, muss zudem die Innovation ein prominenter Teil zur Lösung der CO₂-Reduktion sein. Gesetzliche Rahmenbedingungen und Regulierungen sollten so ausgestaltet sein, dass es attraktiv ist, innovative Produkte und Dienstleistungen im Kanton einzuführen. Die Strategie zeigt mittels Modellrechnungen klar auf, dass nichts machen teurer wäre, als jetzt zu handeln – aber es gibt noch kein konkretes Preisschild für die Umsetzung der Klimastrategie. Die Gefahr ist gross, dass es dazu keine Gesamtschau geben wird. Eine Kosten-Nutzen-Analyse ist aber zwingend notwendig. Bei der Einführung von einzelnen Massnahmen ist es wichtig, dass die Nachhaltigkeit und das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmig sind. Es wurde eben über die Geother-mie abgestimmt. Das wäre ein Beispiel, dem man zustimmen kann.

Die Fraktion wird den Regierungsrat beim Wort nehmen, dass er sich auf wirkungsvolle und effizi-ente Massnahmen in seinem Handlungsbereich fokussiert und dies nicht den Gemeinden aufer-legt, die in die Erarbeitung gar nicht einbezogen werden. Zudem wird vom Regierungsrat erwartet, dass die Klimastrategie periodisch den jeweils neuesten Erkenntnissen und dem Stand der Tech-nik angepasst wird. Der Bericht zeigt auch auf, dass schon viele Teilstrategien in Erarbeitung sind – und man wundert sich, dass schon konkrete Massnahmen geplant sind, ohne dafür den finansi-ellen Bedarf zu kennen. Hierzu erwartet man Klarheit. Die Mitte-Fraktion wird die Klimastrategie mit einer kritischen Haltung zur Kenntnis nehmen.

Manuel Ballmer (GLP) weiss nicht ganz genau, welches Papier oder welche Strategie Urs Schneider gelesen hat. Es waren aber kaum die gleichen 136 Seiten, die dem Redner vorlagen. Die GLP begrüsst die Klimastrategie und bedankt sich beim Regierungsrat und der Verwaltung für die Arbeit. Sie ist ebenfalls der Meinung – und das ist typisch für die Partei –, dass die Massnah-men mit Lenkung und nicht mit Verboten passieren sollten. Nachdem andere jetzt schon den Teu-fel an die Wand gemalt haben – die Dinge sind nicht so eng zu sehen. Wenn man sich die Grundsätze zu Gemüte führt, dann liest man dort Sachen wie «nutzt seine Stärken» oder «moti-viert». Das ist also nicht sehr befehlerisch oder mit Verboten verbunden. Man darf überzeugt sein:

Wenigstens dem letzten Punkt wird auch die SVP zustimmen – auch wenn sie die Strategie nicht zur Kenntnis nehmen will. Aber zumindest der Parteipräsident setzt ja voll auf den Punkt der Anpassung. Der GLP-Fraktion ist bewusst, dass erst eine Strategie geschrieben ist und somit erst ein Anfang gemacht ist. Die Wirkung wird erst mit den Massnahmen erzielt.

Der Redner hat es schon erwähnt: Auch die GLP setzt nicht unbedingt auf Suffizienz, sondern wie die FDP stark auf technische Lösungen – und: Ausgewogene, erfolgreiche Massnahmen, die eine breite Unterstützung finden und nicht zu einer Verzettelung und zu Zeitverlusten führen, erreicht man sicher nur durch den breiten Einbezug der Interessensgruppen. Die Fraktion ist überzeugt, dass der Regierungsrat die Sorgen gehört hat und sie sich zu Herzen nimmt. Die Fraktion der GLP nimmt die Klimastrategie einstimmig zur Kenntnis.

Christine Frey (FDP) spricht als Einzelsprecherin – die FDP ist ja bekannt dafür, dass man selber denken und eine eigene Meinung haben darf. Es geht heute um eine Klimastrategie, die bloss zur Kenntnis genommen werden kann. Eine Ablehnung ist auch schwierig – wer in der UEK ist, hat sie bereits mehrfach zur Kenntnis genommen. Bereits den Energieplanungsbericht konnte man nur zur Kenntnis nehmen – er war aber die Legitimation für die Teilrevision des Energiegesetzes. So wird es auch mit der Klimastrategie sein: Was dort steht, wird dem Landrat in Form von Einzelmassnahmen vorgelegt werden. Darum sollen nochmals einige kritischere Gedanken zu diesem Thema dargelegt werden.

Fakt ist, das Klima verändert sich. Fakt ist, die Politik hat hohe Ziele gesetzt, die erreicht werden sollen. Fakt ist, der Energiehunger wächst. Die Klimastrategie wird als ambitioniertes Konzept präsentiert, um Netto-Null zu erreichen. Doch sie lässt viele wichtige Fragen offen und sie weckt berechtigte Bedenken wegen negativen Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort, den Wohlstand und die Freiheit, wie man sein Leben führen kann. Die Strategie ignoriert auch frühere Volksentscheide auf nationaler und kantonaler Ebene – wie die Ablehnung des CO₂-Gesetzes und der Klimaschutz-Initiative. Der Kanton sollte sich stärker an diesen Entscheiden orientieren und sie respektieren – und seine Regelungen in enger Abstimmung mit der Bevölkerung entwickeln, bevor er erneut umfassende Klimavorgaben beschliesst.

Es soll nicht auf alle Handlungsfelder eingegangen werden. Einige Punkte sind aber wichtig. Im Gebäudebereich will die Strategie eine drastische Reduktion der Emissionen durch strikte Vorgaben zur Heizungsumstellung erreichen. Hier agiert der Kanton fast als dirigistischer Akteur und schränkt die Eigeninitiative der Bevölkerung stark ein. Diese Massnahmen steigern die Kosten für Eigentümer und Mieter erheblich und belasten besonders die einkommensschwachen Haushalte. Dabei ignoriert die Vorlage die heutigen Erfolge des Baseler Energiepakets.

Ein weiteres Thema ist die Mobilität. Die Strategie setzt auf restriktive Massnahmen wie Mobilitätsmanagement, Homeoffice-Pflichten und autofreie Wohngebiete. Das schränkt die individuelle Mobilität erheblich ein und verkennt die wirtschaftliche Realität vieler Menschen und Unternehmen. Die Mobilität ist zentral für den Alltag und den Wohlstand. Solche Eingriffe in die Bewegungsfreiheit stossen zunehmend auf Widerstand. Stattdessen sollte man Anreize und technologische Lösungen fördern, um Mobilität und CO₂-Reduktion besser zu verbinden.

Auch bei der Energieversorgung ist die Stossrichtung der Vorlage für die Rednerin fragwürdig. Die Strategie setzt einseitig auf Solarenergie und PV-Anlagen und vernachlässigt andere potenzielle technologische Lösungen. Auch wird der Tatsache wenig Rechnung getragen, dass der Energiehunger in Zukunft durch den Ausbau der E-Mobilität, der Wärmepumpen, durch die Digitalisierung und den Energiebedarf der Künstlichen Intelligenz wächst. Wer darauf Antworten sucht, wird fündig: Die Bevölkerung soll mit Verzicht und Sparsamkeit ihren Teil dazu beitragen. Das ist grundlegend falsch. Wir – und der Rest der Welt, vor allem die Entwicklungsländer – brauchen vor allem eines: genügend und bezahlbare Energie, die natürlich immer nachhaltiger werden soll.

Man muss nur nach Deutschland schauen, wo die Energiewende via Sonne und Wind angestrebt

wurde. Dort hat der Rechnungshof, der die Bundesregierung berät, den Tatsachen der Energiewende ins Auge geschaut. Er sagt: Die Versorgungssicherheit ist gefährdet. Die Realität wird schöneredet. Die Kraftwerkstrategie kommt zu spät. Die Strompreise steigen weiter. Die Regierung verschleiert die Kosten der Energiewende. Dauersubventionen sind keine Lösung. Und schliesslich bedeutet dies eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort. Man sollte nicht nur nach Deutschland schauen, wenn man dort einkaufen geht, sondern auch aus den Fehlern lernen, die dort gemacht wurden.

Schliesslich bleibt auch die Finanzierung unklar. Mehrere Mitglieder der UEK haben betont, dass zwar die Bedeutung der Massnahmen hervorgehoben wird, es aber keine Transparenz gibt – und die Umsetzungskosten übersteigen teils die Vorteile, besonders bei langfristigen und teuren Regulierungen. Insgesamt lässt die Klimastrategie mehr Fragen offen, als sie beantwortet. Sie birgt das Risiko von unnötigen Kosten und Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger im Kanton und für die Wirtschaft. Eine Strategie, die stärker auf realistische Anreize, technologische Innovationen und freiwillige Massnahmen setzt, wäre aus Sicht der Rednerin der pragmatischere und langfristig wirksamere Weg.

Roger Boerlin (SP) hält fest, die Klimastrategie sei sehr sorgfältig erarbeitet worden. Viele kluge Köpfe waren involviert und gaben sich Mühe, eine Strategie zu entwickeln. Nun hört der Redner insbesondere von Urs Schneider, dass die Klimastrategie als Bevormundung der Bevölkerung und als Planwirtschaft wahrgenommen wird. Sie sei Wunschdenken und nicht realistisch. Urs Schneider fordert einen offenen Ansatz. Roger Boerlin ist auch immer für Offenheit und möchte gern vonseiten SVP erfahren, was unter einem offenen Ansatz verstanden wird und wie konkret dieser ist.

Matthias Ritter (SVP) führt aus, die Klimastrategie verfolge bis 2050 ambitionierte und kostenintensive Ziele. Doch sie berücksichtigt nicht ausreichend die weitreichenden Konsequenzen für die Baselbieter Bevölkerung und die Wirtschaft. Besonders fragwürdig ist das gewählte Vernehmlassungsverfahren. Ein unverbindliches Strategiepapier, das weder eine Volksabstimmung vorsieht noch eine gesetzliche Grundlage schafft, wird in ein Verfahren gezwängt, das ausschliesslich für abstimmungsreife Vorlagen gedacht ist. Der Anschein demokratischer Legitimation, wo keine besteht, ist eine höchst fragwürdige Umgehung von demokratischen Prozessen. In der Sitzung der UEK wurden zahlreiche Bedenken geäussert und es kamen unterschiedliche Meinungen zur Sprache. Einige Mitglieder begrüsst die Klimastrategie als Orientierungspunkt. Doch eine kritische Minderheit bezeichnete das Dokument als reinen Papiertiger. Beanstandet wurde auch, dass die Strategie viele Massnahmen und Verpflichtungen enthält und der Landrat diese lediglich zur Kenntnis nehmen darf. Das verletzt die direkte Demokratie und missachtet den Volkswillen. Die geplanten Investitionen von 1 bis 3 % des BIP lassen vermuten, dass grosse finanzielle Belastungen auf den Kanton zukommen. Die Mitglieder der UEK äusserten wiederholt, dass die Kosten-schätzung völlig unzureichend sei. Eine abschliessende Beurteilung ohne konkrete Zahlen zum Kosten-Nutzen-Verhältnis ist unmöglich. Mehrere Kommissionsmitglieder forderten Transparenz, doch die BUD konnte keine seriösen Kostenschätzungen liefern und verwies auf den Massnahmenplan, der bis 2026 vorliegen soll. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass solche elementaren Informationen für eine derart weitreichende Strategie bereits jetzt unabdingbar sind. Ein weiteres zentrales Thema sind die potenziellen wirtschaftlichen Folgen. Mehrere Mitglieder warnten, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Basel-Landschaft durch hohe bürokratische Hürden und Einschränkungen im Bereich der Mobilität und des Gebäudebaus geschwächt wird. Das CO₂-Reduktionsziel von 90 % bis 2050 ist ambitioniert. Die Umsetzung droht, insbesondere KMU und Privathaushalte stark zu belasten. Der Verkehrssektor soll massiv reguliert und der Gebäudesektor mit neuen Vorschriften überhäuft werden. Die SVP-Fraktion steht für die Wahrung des Wohlstands und der persönlichen Freiheit ein. Sie setzt auf technologischen Fortschritt, Eigenverantwortung

und Anreize anstatt auf Zwang und Verbote. Nur durch Innovation, freiwillige Massnahmen und fairen Wettbewerb bleibt der Kanton lebenswert und attraktiv. Die Aufgabe des Staats besteht nicht darin, den Bürgern vorzuschreiben, wie sie zu leben haben. Die Antwort der SVP-Fraktion auf die Klimastrategie ist deshalb ein klares Nein. Es ist höchste Zeit, zu einer Politik der Vernunft zurückzukehren und die Anliegen der Bevölkerung und der Wirtschaft im Kanton ernst zu nehmen.

Die SVP-Fraktion argumentiere, so **Tim Hagmann** (GLP), es gebe einen grossen Angriff auf die Freiheit. Richtig, es gibt einen grossen Angriff auf die Freiheit – auf die Handlungsfreiheit der zukünftigen Generationen. Je stärker der Klimawandel fortschreitet und je weniger reagiert wird, desto weniger Handlungsfreiheit besteht in Zukunft. Weshalb eine Strategie? Damit ein Haus stehen kann, braucht es ein gutes Fundament – und diese Strategie bietet das Fundament. Simon Tschendlik hat es richtig gesagt: Damit steht noch kein Haus. Es muss gehandelt und umgesetzt werden. Der Kanton Basel-Landschaft hat gezeigt, dass er umsetzen kann. In den letzten 100 Jahren gab es unheimlich viele Erfolge wie die Birskorrekturen, die Begradigung des Rheins, die Trockenlegung von Malariagebieten und den Bau des Wasserkraftwerks in Birsfelden. Der Kanton kann Grosses erreichen. Dafür braucht es jedoch den Mut, etwas zu tun. Das muss jetzt erfolgen, solange der Handlungsspielraum noch vorhanden ist. Die GLP-Fraktion nimmt die Strategie sehr gerne zur Kenntnis. Mit dem Altbackenen, Ewiggestrigen muss aufgehört werden.

Dominique Zbinden (Grüne) findet es frustrierend, wie an der Handbremse gezogen wird. Als diejenige Person, die von allen Anwesenden wohl noch am längsten auf dieser Welt leben wird, appelliert sie an alle, doch auch an ihre Zukunft und an die Zukunft ihrer Generation zu denken. Der Klimawandel lässt sich nicht mit Eigenverantwortung bekämpfen. Das wurde versucht, aber es reicht nicht. Die Klimastrategie selber besagt: Weiter wie bisher ist keine Lösung. Massnahmen sind leider nicht breit akzeptiert. Dies kann die Rednerin auch verstehen – sie zahlt auch nicht gerne mehr oder schränkt sich ein, wenn es nicht sein muss. Aber es muss sein. Entweder ändert man das Leben jetzt und steuert es so, dass es für alle am besten ist, oder die Natur wird zeigen, wie sich die Menschen zu verhalten haben. Die Menschen werden sich ohnehin anpassen müssen. Die Wissenschaft ist sich einig; auch der Landrat sollte sich endlich einig werden.

Stephan Ackermann (Grüne) ist irritiert über zwei Voten der SVP-Fraktion. Der Landrat dürfe zur Kenntnis nehmen, dass die SVP-Fraktion die Klimastrategie nicht zur Kenntnis nimmt. Damit hat sich die Fraktion eigentlich aus der Diskussion verabschiedet. Der Redner nimmt das wohlwollend zur Kenntnis und es stimmt ihn positiv. Die anderen Fraktionen haben sich auch kritisch zur Strategie geäussert, was berechtigt ist; jedoch besteht ein Konsens, dass man etwas tun will und muss. Dies zeigt die Klimastrategie eigentlich gut auf. Noch nicht vorhanden sind die Massnahmen, die ergriffen werden müssen. Vielleicht ist es gut, dass sich die SVP-Fraktion auch aus der Diskussion um die Massnahmen herausgenommen hat, damit der Landrat im Konsens eine Lösung finden kann, so dass man keine Angst vor der Zukunft haben muss und proaktiv handeln kann. Der Redner hofft, dass man von den gegenseitigen Anschuldigungen – die einen sind nur für Verbote, die anderen für den freien Markt – wekommt: Es sollen gute Massnahmen erarbeitet werden, die man stemmen kann – für die Zukunft der Region und schliesslich auch für einen grossen Teil der Welt, um den Herausforderungen gewachsen zu sein. Das kommt auf den Landrat zu und der Redner wünscht viel Erfolg und hofft, dass man das über die Parteigrenzen hinweg schafft. Es kamen von der FDP- und Mitte-Fraktion kritische Worte. Die Ängste sind berechtigt und auch in der Bevölkerung vorhanden. Es ist nicht Aufgabe des Parlaments, die Ängste zu schüren, sondern Lösungen aufzuzeigen und auch zu ihnen zu stehen. Besten Dank fürs Mitmachen!

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) begrüsst auf der Zuschauertribüne die Schülerinnen des Wahlkurses «Macht, Herrschaft, Missbrauch» des Gymnasiums Liestal.

Ursula Wyss Thanei (SP) äussert, der Klimaschutz gehe alle an. Den Kanton, jede Gemeinde, die Schweiz, Europa und den ganzen Planeten. Es ist wichtig und richtig, dass der Kanton Basel-Landschaft eine Klimastrategie erstellt hat und damit aufzeigt, was und wie er weiter vorgehen wird und welche Ziele er verfolgt. Die Rednerin versteht nicht, weshalb die Klimastrategie nicht zur Kenntnis genommen werden soll. Es wird Technologie-Offenheit gefordert, aber die Massnahmen-Offenheit ist kein Thema. Die Massnahmen sind noch nicht in Stein gemeisselt, sondern darüber wird später befunden. Unverständlich ist für die Rednerin ebenfalls, weshalb der Klimaschutz respektive die Klimastrategie bekämpft wird und nicht mit der gleichen Vehemenz die Klimakrise, die das eigentliche Problem ist.

Markus Graf (SVP) zitiert ein altes Sprichwort: *«Vielen Menschen geht es wie den Kartoffeln; die Augen gehen ihnen erst auf, wenn sie im Dreck stecken.»* Deshalb, dies an Stephan Ackermann, sind die Vertretenden der SVP da: Wie oft haben sie bereits den Mahnfinger erhoben – sei es betreffend EU, Zuwanderung oder im Energiesektor? Das beste Beispiel – Christine Frey hat es vorher erwähnt – ist gerade die Situation in Deutschland: Die strategischen Fehlentscheide der letzten Jahre haben dazu geführt, dass es nun Massenentlassungen gibt und Unternehmen abwandern – zum Glück in die Schweiz. Die Autoindustrie liegt am Boden. Dies sind nur die Schlagzeilen, aber dahinter stecken viele persönliche Schicksale, von denen man nichts hört. Der eigentliche Auslöser waren die allzu hohen Energiepreise in Deutschland. Für die Klimastrategie im Kanton Basel-Landschaft würden eigentlich drei Worte reichen: Innovation, günstige Energie – und dort Anreize schaffen, wo diese wirklich etwas bringen. Die 136 Seiten für die Strategie klingen zwar gut, aber ansonsten haben sie kein Fleisch am Knochen. Es ist schade um die viele Arbeit und der Redner mag sich nicht vorstellen, was alles Produktives in dieser Zeit hätte getan werden können.

Andi Trüssel (SVP) sagt, es liege auf der Hand, dass er und Thomas Noack nicht mehr derselben Meinung seien wie bei der Geothermie. Der Bund erarbeitet eine Strategie, die Kantone und Lupsingen haben auch bereits eine, wie der Redner gehört hat. Alle haben eine andere. Betrachtet man den CO₂-Ausstoss der Schweiz im weltweiten Kontext, beträgt dieser zehn Stunden. Das Jahr hat aber 8'760 Stunden. Für das Baselbiet beträgt der Wert noch 20 Minuten und in Frenken-dorf – man hatte auch schon einmal eine solche «Furzidee» – liegt der Wert bei 20 Sekunden, wie der Redner vorgerechnet hat. Damit will man die Welt retten – mit Ansätzen wie PV und Wind, die einen um den Faktor 300 (PV) und 500 (Wind) höheren Ressourcen- und Flächenverschleiss im Vergleich zur Kernenergie haben. Betrachtet man die Baumaterialien, beträgt der Faktor 11 (PV) und 8 (Windanlage). Das will bezahlt werden – und am Schluss darbt die Wirtschaft. In Deutschland wandert die Wirtschaft wegen der Energiepreise ab. Jeder fünfte Haushalt befindet sich im Armutszustand, weil sie die Stromrechnungen nicht zahlen können. Der Redner will dies nicht. Nun zu den sogenannten Top-Wissenschaftlern, die von den Medien hochgejubelt werden. Im Oktober gab es einen offenen Brief von 40 Top-Wissenschaftlern an die nordischen Staaten. Die hatten festgestellt, dass der Golfstrom sich jetzt abkühlt. Die gleichen 40 hatten vor zehn, zwanzig Jahren über die Erderwärmung gesprochen. Das ist doch keine Wissenschaft, sondern Wichtig-tue-ri. Der Redner hätte erwartet, dass gesagt wird, man habe sich getäuscht, dass die Klimaverän-derung einen gewissen Einfluss auf die ozeanischen Dinge hat und gewisse Veränderungen brin-gen könnten, stimme nicht, sondern man stellt fest, es ist so. Im Norden frieren bereits alle an den Arsch.

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) bittet darum, keine Fäkalsprache zu benutzen.

Andi Trüssel (SVP) nimmt die Worte zurück und sagt, die Leute würden an den Hintern frieren. Der Redner will aufzeigen, dass einem «Hype» nachgegangen werde. Man sei am Zaudern, wurde gesagt. Heute Mittag hat der Landrat bezüglich Geothermie bewiesen, dass er nicht zaudert. Es

müssen Dinge umgesetzt werden, die funktionieren und zum Ziel führen. Die in der Strategie erwähnten zahlreichen Massnahmen funktionieren nicht. Einfachheit der Aktion und Konzentration der Kräfte – das braucht es und nicht die Diskussion über 110 verschiedene Punkte und dazu noch die Erarbeitung eines Gesetzes. Die SVP-Fraktion nimmt die Strategie nicht zur Kenntnis.

Nadim Ismail (SP) möchte möglichst höflich bleiben und andere Meinungen respektieren, aber es fällt schwer, ruhig zu bleiben, vor allem, wenn die SVP ein zusammenhangloses Geschwurbel fern von Fakten und Erkenntnissen verbreitet und dem Parlament dies als einzigen Beitrag darstellt, den sie zur Klimastrategie leisten kann. Politische Kontrahenten werden von dieser Partei lächerlich gemacht. Mit sektenhaften Zügen werden die aktuellen Tatsachen verteuelt und neue Technologien negiert. Durch das Festhalten an überholten Haltungen würde diese Partei die Menschen direkt aus dem Sonnensystem katapultieren. Um das Klima und den Planeten zu retten, sind Freiheit und Selbstbestimmung des Individuums keine valablen Parameter mehr. Man würde sich ansonsten nicht seit 150 Jahren in einer klimatischen Rezession befinden, die Fauna und Flora immer mehr zurückdrängt. Der bisherige Weg funktioniert leider nicht und es ist nun an den gewählten Volksvertreterinnen und -vertretern, dafür zu sorgen, dass die Klimaziele und somit das Gleichgewicht zwischen Energieverbrauch und Energiebereitstellung wiedererlangt wird. Es ist wichtig, wenn es endlich vorwärtsgehen soll, dass das Parlament ein starkes Signal nach aussen sendet. Die Kenntnisnahme der Klimastrategie ist ein gutes Zeichen, dass man gemeinsam in eine richtige Richtung gehen will, damit man sich nicht aus dem Sonnensystem heraus katapultiert oder pulverisiert.

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) sagt, auch Begriffe wie «Geschwurbel» und die Zuordnung zu Sekten hätten trotz der hitzigen Diskussion hier nichts verloren.

Markus Graf (SVP) gibt eine *Fraktionserklärung* ab. Er hat in den zehn Jahren als Landratsmitglied noch nie erlebt, dass Leute heruntergemacht und als Schwurbler betitelt werden. Das ist unsterste Schublade.

Stephan Ackermann (Grüne) ist eine Kartoffel, die im Dreck steckt – ihm seien die Augen aufgegangen. Das Problem liegt bei den Energiekosten: Sie dürfen nicht zu hoch sein, aber sie waren über Jahrzehnte hinweg viel zu günstig. Man muss sich überlegen, wohin das Geld floss, das für den Energiebedarf bezahlt wurde und welches Elend dies ausgelöst hat, konkret auch in Europa, denkt man an die Ukraine. An Länder wie Russland will der Redner kein Geld zahlen, damit er günstige Energie erhält. Diese Zusammenhänge müssen gesehen werden. Der Redner vermisst bei dieser Debatte: Diejenigen, die bereit sind, eine Lösung zu finden, sollen gemeinsam daran arbeiten. Es kann noch stundenlang debattiert werden, aber das bringt niemanden weiter. Der Landrat nimmt die Strategie zur Kenntnis. Diese enthält Eckpunkte, an denen sich der Regierungsrat, der Landrat und die Verwaltung orientieren sollen. Sie geben einen Rahmen. Die Massnahmen bringen die konkrete Umsetzung und dazu dürfen die Fetzen fliegen – aber nicht zur Strategie, sondern dann, wenn es dem einen oder anderen wehtut oder zu wenig weit geht. Die Klimastrategie gibt in dieser Hinsicht nichts her. Die Sache soll abgeschlossen werden – und dann soll gestritten werden, wenn es darauf ankommt.

Simon Tschendlik (Grüne) begrüsst auch die zukünftige Generation auf der Zuschauertribüne, die besonders betroffen sei. Er hält mit Erstaunen fest, dass 4 % der Vernehmlassungskonsultierten die Strategie ablehnen. Nun klingt es, als wäre ein Drittel nicht damit einverstanden. Die Wissenschaft ist klar – und es braucht beispielsweise mehr Geothermie, aber das bedingt, dass sich die SVP auch einen Schritt bewegt. Sie kann dies, wie sie vorher bewiesen hat. Davon wünscht sich der Redner mehr. Es gibt nur Lösungen, wenn man aufeinander zugeht. Es ist

schlussendlich eine Solidaritätsfrage: Der Redner erinnert daran, dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg abgeschnitten war und sich einem Anbauschlachtplan widmete. Hätten gewisse Leute nicht mitgemacht, hätte es nicht funktioniert. Man war gezwungen, das Land selber zu versorgen. Hier gilt dasselbe, nur ist das Level global, und alle müssen zusammenarbeiten. Jeder einzelne ist gefordert. Es ist noch viel gravierender als der Zweite Weltkrieg.

Der Redner versteht nicht, was über den Golfstrom etc. gesagt wurde, aber er ist mit der Natur. 41 % des Kantons sind mit Wald bedeckt. Es ist bekannt, dass die Buchen, Fichten etc. verschwinden – und fast 80 % der Habitate. Die Folgen sind gravierend, wenn man nicht seinen Teil dazu beiträgt, das CO₂ zu senken. Massnahmen können vor der Haustür ergriffen werden und dies wird wirtschaftliche Prosperität schaffen. Der Redner versteht nicht, weshalb man sich diesem Aspekt verschliesst. Es gibt Lösungen vor der Haustür und es sind Kompromisse gefragt. Der Redner lädt dazu ein, mitzuhelfen, weil man dies der Generation auf der Zuschauertribüne schuldig ist.

Jan Kirchmayr (SP) hält fest, die Schweiz wolle frei und unabhängig sein. Er ist weder freisinnig noch Nationalist, sondern ein Sozialdemokrat. Die Frage ist, ob man bezüglich Energieversorgung abhängig sein will von autokratischen Staaten. Dann kann man sich überlegen, woher das Erdöl, das Erdgas und das Uran importiert wird. Nicht aus friedlichen Staaten wie Irland, Spanien oder Portugal, sondern aus unsympathischen Staaten, in denen auch die Demokratie nichts zu melden hat, wie beispielsweise Russland, Saudi-Arabien oder Katar. Das Ziel der Klimastrategie muss sein, dass man von solchen Rohstoffen und Energieträgern unabhängig wird und dass die Schweiz eine autarke Energieversorgung hat. In diesem Saal wird immer wieder gesagt, die Schweiz werde wie Deutschland, wo die Energieversorgung völlig problematisch ist und die Stromkosten explodieren. Das trifft auf Deutschland zu, das stimmt. Jedoch hat Deutschland von heute auf morgen entschieden, aus der Atomenergie auszusteigen. Das erfolgte rückblickend wohl zu schnell. Als Ersatzstrategie wurde auf Gas gesetzt – und als Putin seinen Machtgelüsten folgte und die Ukraine angriff, kam es zu Problemen mit der Energieversorgung. Deshalb funktionierte die Ersatzstrategie nicht mehr und es musste LNG aus den USA importiert werden. Dies führte zu höheren Energiepreisen in Deutschland. Weiter wurde der Ausbau der erneuerbaren Energien verschlafen, was die Schweiz zum Glück nicht gemacht hat. Dazu kommt, dass der Bund noch kein AKW abgeschaltet hat, wohl aber hat die BKW Mühleberg abgeschaltet. Die beiden anderen AKW werden noch weiter laufen. Der Atomausstieg erfolgt geordnet. Der Redner versteht nicht, warum man weiterhin abhängig sein will vom Ausland und diesen autokratischen Staaten. Der Redner bittet um Kenntnisnahme der Klimastrategie.

Andi Trüssel (SVP) weiss nicht, wo er beginnen soll. Sind Kanada oder Australien Drittweltstaaten? Dort gibt es Uranvorkommen. Hätte man endlich Technologie-Freiheit, dann hätte man im Paul-Scherrer-Institut mit den abgebrannten Brennstäben, die nur zu 5 % gebraucht sind, und dem Generation-4-Reaktor (von diesen gibt es drei Stück) einen 800-Megawatt-Energielieferanten. Damit hätte man für 800 Jahre Energiereserven im eigenen Land. Dies soll bitte auch einmal zur Kenntnis genommen werden. Zu den Temperaturen: 1944 hat man die 500-Jahre Gedenkfeier der Schlacht an der Birs bei Sankt Jakob abgehalten. Im entsprechenden Zeitungsbericht steht, es sei an mehreren Tagen 36 Grad warm gewesen. Heute spricht man bereits bei 30 Grad von «heiss». So klingt heute die Terminologie zu den Temperaturverläufen. Zu Mühleberg: Die Strategie des Bundes führte dazu. Es ist eine Tatsache, dass man Mühleberg mit einem Darlehen von CHF 300 Mio. auf Vorderrmann hätte bringen könne. Aber nein, man gibt lieber CHF 450 Mio. Miete für ein Kombigaskraftwerk in Birrfeld aus. Wenn das weg ist, hat man nichts mehr von den Mitteln. Mit Mühleberg hätte man 1,5 Terawattstunden zusätzlichen Strom im Winter, der dringend benötigt wird.

Fredy Dinkel (Grüne) hat die Aussage von Christine Frey gefreut, dass es den Klimawandel gebe. Nun ist die Frage, was damit getan und wie damit umgegangen wird. Die vorliegende Strategie will einfach sagen, in welche Richtung es gehen soll. Es wurde gesagt, die Schweiz mache nur ein Promille oder ein Prozent aus, das sei so wenig – und was solle sie denn tun? Dies gilt auch für die Demokratie: Weshalb soll jemand abstimmen gehen, wenn er nur einen millionstel der Abstimmenden ist? Mit dieser Aussage diskreditiert man jede Gesellschaft, weil jeder seinen Beitrag leisten soll. Das sieht man auch in der Wirtschaft: Alle Absenkpfade sagen, bis 2050 sei das Netto Null-Ziel zu erreichen – ob man es schafft, wird sich zeigen. Dafür muss noch einiges getan werden. Alle Industrien machen das und geben die Anforderungen weiter. Das kommt auf die KMU und die Industrie zu. Man kann sich dagegen wehren. Das wäre aber dasselbe, als wenn die Posamentier gesagt hätten, sie wollten die Posamentier behalten, das sei zu wichtig. Man wäre heute nicht so weit, hätte man dies getan. Es ist eine Chance. Klar, alle wollen Freiheit, Eigenverantwortung. Was heisst denn Eigenverantwortung? Dass alle Gesetze abgeschafft werden und man sich an Kant hält: Tue einfach das, was moralisch gut ist. Dann braucht es keine Gesetze mehr. Nein, es braucht eben doch Rahmenbedingungen und die müssen gemeinsam erarbeitet werden. Gemeinsam muss an Massnahmen gearbeitet werden. Die Freiheit des Einzelnen – Dominique Zbinden hat das sehr schön gesagt – und die Freiheit einer Gesellschaft hört dort auf, wo sie wirklich die Freiheit anderer einschränkt. Niemand will in seiner Freiheit eingeschränkt werden. Aber auch für die Gemeinschaft soll es eine Zukunft geben. Deshalb ist es wichtig, nun gemeinsam die Massnahmen zu erarbeiten. Dies soll technologie-offen erfolgen, da ist der Redner mit Andi Trüssel einverstanden. Alle Technologien haben Vor- und Nachteile. Die AKW der 4. Generation könnten vielleicht eine Lösung sein, aber sie können noch nicht heute bestellt und morgen geliefert werden. Sie befinden sich in Entwicklung. Es gibt zwei verschiedene Technologien, je ein Versuchsreaktor läuft. Gewisse Fragen sind noch zu klären. Aber es soll nichts verhindert werden, sondern vorwärts gemacht werden. An der Klimastrategie soll weitergearbeitet werden. Man soll froh sein, nun gewisse Rahmenbedingungen zu haben.

Matthias Ritter (SVP) hält fest, die SVP sei stark angegriffen worden. 40 Jahre hat der Redner eine eigene Zimmerei (Bedachung, Sanierungen, Isolation von Häusern etc.) geführt. Er hat als SVP-Mitglied viel mehr getan fürs Klima als mancher hier im Saal. Kürzlich hat der Redner die Rechnung der EBL bekommen. Diese ist dreimal höher als vor zwei Jahren. Auch das darf nicht ausser Acht gelassen werden.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) ist irritiert, dass sich einzelne Politiker als Klimastreiter outen, indem sie sagen, diese Strategie brauche es nicht. Sie möchte nicht, dass ihre Kinder sie einmal als egoistisch bezeichnen. Es geht hier nur um eine Strategie, liebe Gegnerinnen und Gegner. Man muss die Augen aufmachen. Simon Tschendlik hat die Probleme des Waldes erklärt. Es sollte daran gedacht werden, dass es hier um die Zukunft der Kinder und Kindeskinde geht. Zu den AKW: Das kann man gerne tun, aber dann sollten die Endlager vor der Haustür der Befürworter gebaut werden. Stephan Ackermann hat gesagt, die Diskussion sei angesagt, wenn es um die Umsetzung der Massnahmen geht. Genau, dann kann gestritten werden. Also soll endlich abgestimmt werden, bevor alles für die Katz ist.

Thomas Noack (SP) wurde von Andi Trüssel mit der Aussage über den Golfstrom getriggert. Der Golfstrom macht dem Redner grosse Angst. Dessen sich ändernde Temperaturen sind eine Folge des Klimawandels. Nun ist zu merken, dass dynamische Prozesse in Gang gesetzt wurden, die einem noch in anderer Masse beschäftigen werden als die schmelzenden Gletscher. Diese Dinge können nicht einfach rückgängig gemacht werden. Mit dem CO₂-Ausstoss wurde etwas in Gang gesetzt, das nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Gerade der Golfstrom ist eines der Beispiele, die dem Redner Angst machen. Allenfalls wird es wieder kälter, aber das hat eine globale

Folge, deren Ursache der Klimawandel ist. Man befindet sich in einem System, das in Gang gesetzt wurde, und nun muss alles daran gesetzt werden, dass in letzter Sekunde noch eingegriffen werden kann.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) ist nicht sicher, ob eine Nicht-Kenntnisnahme die richtige Strategie sei, denn die Erde drehe sich trotzdem weiter. Er spürt im Saal etwas zu viel Aufregung, die er nicht ganz verstehen kann. Erstens: Eine Strategie ist eine Strategie, nicht mehr und nicht weniger. Zweitens: Es hat wohl niemanden überrascht, dass eine Klimastrategie vorgelegt wird. 2021 haben alle Regierungen der Nordwestschweiz eine Klimacharta unterschrieben. Die Regierungen haben schon seit langem angekündigt, dass sie zu diesem Thema aktiv werden und handeln wollen. Wer die Klimacharta angeschaut hat, hat gesehen, dass das Netto-Null-Ziel des Bundes unterstützt wird. Es soll kein Jekami geben und es sollen nicht unterschiedliche Ziele verfolgt werden. Man muss sich auf ein Ziel einigen. Die Nordwestschweizer Regierungen kamen zum Schluss, dass das Ziel realistisch, aber auch notwendig und deshalb anstrengenswert ist. Deshalb wurde beschlossen, den Bund bezüglich dieses Ziels zu unterstützen. Wichtig sind Leitplanken, aber alles, was Hand und Fuss hat und etwas kostet, was gesetzliche Änderungen bedingt, wird im Landrat behandelt – und nicht am Volk vorbei, wie gesagt wurde. In einem nächsten Schritt werden, wie angekündigt in der Klimastrategie, konkrete Massnahmen ausgearbeitet. Kosten diese oder ergeben sich gesetzliche Änderungen, kann der Landrat darüber debattieren, ob er die Massnahme will oder nicht. Wenn es konkret wird, kann man einverstanden oder dagegen sein und verschiedene Sichtweisen einnehmen. Diese Diskussion kann man sich für dann aufsparen, wenn konkrete Massnahmen umgesetzt werden sollen.

Claudia Brodbeck hat gesagt, die Bevölkerung sei zu wenig einbezogen worden: Erstens hat es mit interessierten Verbänden Workshops gegeben und zweitens auch mit den EVU, und es gab eine Vernehmlassung. Schliesslich ist es zunächst einmal eine Strategie des Regierungsrats. Die Schwierigkeit ist, gemeinsam nach Lösungen zu suchen. In einer Demokratie führt daran kein Weg dabei. Es gibt natürlich Extrempositionen – so die Klimaneutralität bis 2030 – was jedoch utopisch ist und nicht berücksichtigt werden kann. Andere Stimmen hingegen sagen, es solle nichts getan werden. Da macht der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft nicht mit. Es wurde versucht, einen Mittelweg zu finden. Die polaren Meinungen sind darin nicht wirklich enthalten. Mit der Strategie wurde versucht, einen gangbaren Weg zu skizzieren.

Zur Wirtschaft: Der Redner war heute Morgen an einer Grundsteinlegung – die Botnar-Stiftung investiert über 15 Jahre eine Milliarde Franken im Bachgrabengebiet Allschwil. Das ist ein Grund zur Freude. Sie hat sich für diesen Standort entschieden. Es handelt sich um ein Institut für Immun-Engineering. Der CEO Steve Wilson wurde gefragt, weshalb er dorthin gehe. Konkret wurde ihm die Frage gestellt: *«Hat die radikale Nachhaltigkeit des Gebäudes bei der Wahl des Standorts eine Rolle gespielt?»* Er sagte: *«Das war eines der zwingenden Kriterien. Wenn wir Teil dieses Wandels hin zu nachhaltiger Architektur und intelligentem Design werden, würde das nicht zu unserer Rolle als Innovatoren der Wirtschaft passen. «ALL» wird das nachhaltigste Gebäude sein, in dem ich je gearbeitet habe. Sobald der Standort fertig ist, sollten möglichst viele Verantwortliche neuer Forschungsprojekte vorbeikommen und es sich ansehen.»* Auch in der Wirtschaft ist es wichtig, dass man mit der Innovation geht und nicht stehenbleibt. Die deutsche Automobilwirtschaft ist ein gefährliches Thema. Wo steht die italienische Automobilwirtschaft? Zum Bedauern des Redners werden kaum noch Autos in Italien produziert, wie dies vor 40 Jahren noch der Fall war. Dies droht Deutschland auch. Seine Befürchtung ist, dass dies weniger den Politikern geschuldet ist, sondern den Zeichen der Zeit, die man nicht oder zu spät gesehen hat. Stehenbleiben, nicht zur Kenntnis nehmen – das ist keine Option. Es wurde ein pragmatischer Weg skizziert, der verfolgt werden kann. Der Redner freut sich, im Saal über konkrete Massnahmen zu diskutieren und darüber zu streiten und immer das Bestmögliche für den Kanton zu finden. Der Redner freut sich

auf die Diskussionen. Robert Vogt hat es auch angesprochen: Das Ganze sollte etwas gelassener betrachtet werden. Die Geothermie ist Bestandteil der Strategie. Es ist erfreulich, dass der Landrat schneller vorwärts gehen will. Diese Stimmung wäre auch anderswo wünschenswert.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 59:18 Stimmen wird die Klimastrategie Basel-Landschaft zur Kenntnis genommen.
